

Vorpommern

Klarer Eindruck für Delors

Der erste Besuch des Präsidenten der EU-Kommission Jacques Delors in Mecklenburg-Vorpommern verlief nicht ganz nach Wunsch der Bundesregierung. Das Auswärtige Amt und das Kanzleramt hatten vehement darauf gedrungen, dem Präsidenten nur positive Eindrücke von den „blühenden Landschaften“ (Helmut Kohl) in dem neuen Bundesland zu vermitteln. Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) ließ Himmelfahrt dagegen den Gast aus Brüssel zum Entsetzen der Bundesregierung zu Fuß durch das verfallene Greifswald laufen. Die Bevölkerung nahm von dem Besuch kaum Notiz. In den weitgehend leeren, grauen Straßen erblickte Delors statt dessen Gruppen



Delors (M.) in Greifswald

junger Männer mit Bierdosen, darunter auch Skinheads. Besonders schlimm: Der Franzose, an gutes Essen gewöhnt, wurde nicht mal vom Küchenchef im ersten Haus am Platze bekocht. Damit er einen besseren Eindruck von der Wirklichkeit in Vorpommern erhielt, sollte der Franzose lie-

ber die Gerichte der Kochschülerinnen im Greifswalder Bildungszentrum verkosten. Delors bewahrte die Fassung: Er habe eine „eher optimistische Bevölkerung“ erlebt. Aber er hatte hingucken: An den Gebäuden bleibe noch „sehr viel zu tun, bevor ein moderner Lebensstandard erreicht“ sei.



Festgenommener Randalierer in Magdeburg

Sachsen-Anhalt

Täter gut bekannt

Die Zurückhaltung von Polizei und Justizbehörden in Magdeburg gegenüber ausländerfeindlichen Jugendlichen am Donnerstag vergangener Woche ist kein Einzelfall. Die große Mehrzahl der etwa 150 Gewalttäter, die brutal gegen Ausländer vorgingen, ist den Behörden schon früher aufgefallen und offenbar bei zahlreichen ähnlichen Delikten dabei gewesen. Ein Polizeibeamter: „Die meisten sind uns seit Jahren gut bekannt.“ Einige sind sogar schon seit 1991 ak-

tenkundig. Damals überfielen Rechtsradikale mehrere Türken, die in ihren Fahrzeugen bei Magdeburg übernachteten. Ein Türke erlitt lebensgefährliche Kopf- und Brandverletzungen. Über das Verbrechen informierten weder Polizei noch Staatsanwaltschaft die Öffentlichkeit. Bis heute ist gegen die seit September 1991 namentlich bekannten Täter kein Termin für eine Hauptverhandlung festgesetzt worden. 1992 wurde in Magdeburg der 23jährige Torsten Lamprecht von Skinheads getötet. Am vergangenen Himmelfahrtstag haben Jugendliche regelrecht Jagd auf Afrikaner gemacht. Mehrere Menschen wurden verletzt, einige von ihnen schwer.

Von den 49 festgenommenen Personen blieb lediglich eine in Polizeigewahrsam, weil gegen sie wegen einer anderen Straftat ein Haftbefehl besteht. Die übrigen seien wegen der „verworrenen Lage“ am Himmelfahrtstag freigelassen worden, sagt Magdeburgs Polizeipräsident Antonius Stockmann. Er verharmlost den ausländerfeindlichen Hintergrund der brutalen Übergriffe: „Viel größer war die Rolle von Sonne und Alkohol.“ Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte am Freitagabend – auch bislang unveröffentlichtes – Filmmaterial des Mitteldeutschen Rundfunks über die Krawalle, um mögliche Täter zu identifizieren.

Spionage

Prominente Zeugen

Prominente Sozialdemokraten sollen im Prozeß gegen den früheren Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD Karl Wienand als Zeugen auftreten. Das geht aus der 82 Seiten starken Anklageschrift wegen Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit für Ost-Berlin hervor. Auf der 34 Namen umfassenden Zeugen-Liste stehen Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der frühere Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski und der ehemalige Bundesminister Egon Bahr. Die Karlsruhe Behörde geht davon aus, daß Wienand unter dem Decknamen „Streit“ von Oktober 1970 bis Oktober 1989 die Stasi mit Informationen versorgt hat. „Wesentliches Motiv“ für Wienand sei die „Verfolgung materieller Interessen“ gewesen. Ab 1986 seien angeblich „monatliche Zahlungen von 10 000 Mark“ belegt.

Paragraph 218

Sozialhilfe oder Gesetz

Die SPD-Mehrheit im Bundesrat will den Koalitionsentwurf zum Abtreibungsparagraphen 218 ablehnen. Damit ist die Reform schon vor ihrer Verabschiedung im Bundestag Ende Mai zunächst wieder in Frage gestellt. Die SPD-regierten Länder akzeptieren den Finanzierungsvorschlag der Koalition für Schwangerschaftsabbrüche bedürftiger Frauen nicht, dem die Länderkammer zustimmen müßte. Danach sollen die Bundesländer Abbrüche über die Sozialhilfe bezahlen – wenn die Frauen unter 1800 Mark netto verdienen. Dagegen fordern Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit einer Bundesratsinitiative „unbürokratische Hilfe ohne Gang zum Sozialamt“ über ein Bundesleistungsgesetz. Zwischen Regierung und Opposition ist umstritten, ob die Reform des Abtreibungsrechts auch ohne Klärung der Finanzierung in Kraft treten kann.